

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3789

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3789



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

«Ja!» zum Massnahmenpaket am 13. Februar

Bereits zum dritten Mal innert sieben Jahren muss das Schweizer Stimmvolk über eine Vorlage zu den Medien abstimmen. Das haben wir den rechten Politiker*innen zu verdanken, die sich in die Medienpolitik verbissen haben. Es geht ihnen immer um dasselbe Kernthema: Keine Steuergelder für Medien und Medienschaffende. Der freie Markt soll reagieren. Doch **so einfach geht es nicht.**

Darum braucht es das Paket

Zeitungen, Radio und Fernsehen verlieren seit Jahren viel Geld, weil Werbung und Anzeigen immer mehr bei Google, Facebook und Gratis-Onlinezeitungen erscheinen. Das setzt alle anzeigenabhängigen Medien stark unter Druck. Seit Jahren werden Medienjobs ersatzlos gestrichen, wie eine Auflistung der Onlinezeitung Republik eindrücklich zeigt. Das Parlament hat darum ein Paket mit verschiedenen Massnahmen geschnürt, um Zeitungen, Radiostationen, Fernsehsendern und bezahlten(!) Online-Medien unter die Arme zu greifen und den Nachrichtenfluss sicherzustellen.

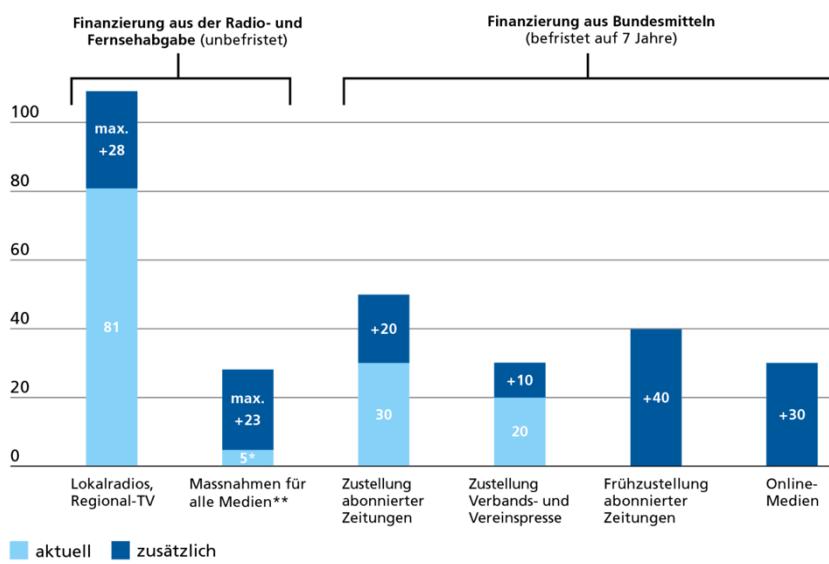
Um so viel geht es

Der Bundesrat und das Parlament wollen **151 Millionen Franken während sieben Jahren** für

1. Ausbildung von Journalist*innen und Entlastung des Presserats (23 Mio.)
2. Unterstützung von Lokalradios und -fernsehen (28 Mio.)
3. Verbilligter Versand von abonnierten Tageszeitungen (20 Mio.)
4. Verbilligter Versand für Vereinszeitungen (neu mit 10 Mio.)
5. Frühzustellung für abonnierte Zeitungen (neu mit 40 Mio.)
6. Unterstützung für Online-Zeitungen mit bezahlten Abos (neu mit 30 Mio.)

ausgeben.

Unterstützung zugunsten der Medien
Alle Beträge in Millionen Franken pro Jahr



* 4 Mio. aus der Abgabe + 1 Mio. aus Bundesmitteln

** Aus- und Weiterbildung, Selbstregulierung der Branche, Nachrichtenagenturen, digitale Infrastrukturen

Es stimmt also schon mal nicht, dass der Staat [Milliarden von unseren Steuern](#) verschleudern will.



Quelle: medien-massnahmenpaket-nein.ch

Ausserdem können die Gegner*innen des Mediengesetzes keine Beweise liefern, dass der Staat Einfluss auf die Redaktionen ausübt. Das Geld, um die Zeitungen auch in die entlegensten Täler der Schweiz austeilten zu können, bekommen nicht die Verlage. Und auch nicht die einzelnen Zeitungen. Das Bundesamt für Kommunikation Bakom bezahlt die Verteilkosten direkt der Post, seit über 170 Jahren ([Posttaxengesetz aus dem Jahr 1849](#)). In sieben Jahren wäre aber damit Schluss.

Die Demokratie stärken

Vielfältige Medienarbeit mit echten Fakten und differenzierten Meinungen bildet die «Vierte Gewalt» in einer Demokratie. Und diese ist momentan geschwächt, weil zu wenig Geld für fundierte journalistische Arbeit vorhanden ist. «Der Staat» möchte mit dem [Massnahmenpaket](#) sicherstellen, dass der Informationsfluss bis in die hintersten Täler der Schweiz gelangt, dass alle Bewohner*innen in der Schweiz immer Zugang zu News aus der Welt, der Schweiz und vor allem aus ihrer Region erhalten. Somit profitieren die Lokalradios und -fernsehen sehr von diesem Paket – selbstredend auch RaBe mit dem «RaBe Info». Damit die Journalist*innen ausgebildet werden können, werden Medienschulen und Redaktionen mit Ausbildungsplätzen (wie RaBe!) mit Geld unterstützt. Der Presserat, der Klagen und Reklamationen zu Berichterstattungen bearbeitet, ist seit Jahren überlastet und personell unterbesetzt. Mit der Annahme des Massnahmenpaketes kann er mit dem Geld neue Ressourcen eröffnen. Mit alledem möchte der Bundesrat Rahmenbedingungen schaffen, damit echte News und Berichte für alle und immer zugänglich sind.

Den Schönheitsfehler nicht verschweigen

Die kleineren Zeitungen erhalten prozentual mehr finanzielle Unterstützung als die grösseren (degressiv). Fakt ist aber, dass praktisch alle Zeitungen der Schweiz einigen wenigen Verlagshäuser gehörten. Weil nun neu alle Blätter vom Massnahmenpaket profitieren, streichen gewinnorientierte Verlagshäuser wie Tamedia, CH-Media und Ringier die Gelder aus dem Massnahmenpaket ein und zahlen gleichzeitig [Renditen an ihre Aktionäre](#) (sogar wenn sie Corona-Hilfgelder bezogen haben). Zudem haben die Macher*innen des Massnahmenpakets es verschlafen, den genauen Verteilschlüssel des Geldes darzulegen.

Fazit

Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist die freie Meinungsbildung aufgrund einer ausgewogenen Berichterstattung. Der Bundesrat und das Parlament nehmen sich in die Verantwortung und wollen mit dem «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ein Zeichen setzen. Auch wenn das Paket Schönheitsfehler beinhaltet, ist es wichtig, dass es am 13. Februar angenommen wird. Damit wird den verbleibenden Medien lebenswichtige Luft verschafft um sich der veränderten Situationen in den kommenden Jahren anpassen zu können.

Unterstützt nicht der Staat die darbenden Medien, so werden sich schwerreiche Menschen wie Christoph Blocher dem Problem annehmen, mit dem Ziel ihren Einfluss auszubauen. Im Gegensatz zum Staat werden sie einen Anspruch auf Berichterstattung in ihrem Sinne geltend machen. Exemplarisch nachvollziehbar an der Entwicklung der «Basler Zeitung».